

# Große Bedenken an einer „Mauer“ in Massen-Nord

„Ghettobildung“ durch Trennanlage zwischen Hochschule und Flüchtlingsquartier

Von Sebastian Smulka

**Massen. Die Zustimmung der Politik zum Landesstellenkompromiss war einstimmig, aber nicht ohne kritische Anmerkungen. Fragen wirft der geplante Bau eines Schutzwalls auf.**

Im Originaltext der Vereinbarung heißt das Projekt „Trennanlage“. Bislang ist sie grob skizziert: Eine Kombination aus einem Erdwall, einem normalen Stabmattenzaun, einem Sicherheitszaun und einer Toranlage soll den Flüchtlingsbereich von der Hochschule trennen. Nachdem das Land mit der gestern unterzeichneten Verein-

barung zehn Jahre Nutzungsgenehmigung für die frühere Landesstelle erhalten hat, sind Investitionen denkbar. Eine grobe Kostenschätzung, die Unnas Technischer Beigeordneter Ralf Kampmann aber als „Platzhalter“ verstanden wissen will, kommt auf Gesamtkosten in Höhe von 118 000 Euro. Finanziert würde das über 400 Meter lange Bauwerk ohnehin vom Land.

Und doch gibt es kritische Stimmen aus Unna. Charlotte Kunert, Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen im Stadtrat, fürchtet etwa eine „Ghettoisierung“. Die Flüchtlinge in der früheren

Landesstelle könnten sich wie Gefangene vorkommen. Bürgermeister Werner Kolter zeigte allerdings auch eine andere Perspektive auf: Demnach diene die Anlage dem Schutz der Bewohner. „Das ist ein Wunsch des Landes“, stellte er klar. Es werde weiterhin einen offenen, aber kontrollierten Zugang zur Landesstelle geben. „Das soll auch Leute draußen halten, die man nicht in der Anlage haben will. Die Bewohner können sich natürlich abmelden und die Anlage verlassen.“

Bedenken hinsichtlich des Zaunes waren nicht die einzigen, die nun aus dem poli-

tischen Feld zu vernehmen sind. „Die Menschen tun mir leid, deswegen kommen wir ja gar nicht umhin, diese Vereinbarung mitzutragen“, erklärte etwa der FW/FLU-Fraktionsvorsitzende Klaus Göldner. „Aber dem Land glaube ich gar nichts mehr“, drückte er seine Skepsis darüber aus, dass die erneute Nutzung der Landesstelle nun tatsächlich auf zehn Jahre begrenzt bleiben soll.

Andreas Tracz (FDP) zeigte sich besorgt um die Entwicklungsperspektiven für die Hochschule. „Wir haben auch als Stadt viel Geld in die Hand genommen, damit sie sich ansiedeln kann.“